

Otte: „Voreiliger Abzug würde die Stabilität des Landes gefährden“

BERLIN. Der angekündigte Abzug von US-Truppen aus Syrien und ähnliche Überlegungen zu Afghanistan schüren im Bundestag Bedenken mit Blick auf die Bundeswehreinsätze in den beiden Ländern. „Für die ‚Tornados‘ macht es keinen Sinn mehr, weiter über Syrien zu fliegen. Denn ihre Aufklärungsfotos sind ja in erster Linie für die Amerikaner bestimmt“, sagte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour. Deutschland ist im Irak und in Syrien mit „Tornado“-Aufklärungsflugzeugen und einem Tankflugzeug am internationalen Kampf gegen die Terrormiliz IS beteiligt.

Die USA haben nach Angaben der Regierung begonnen, ihre Soldaten aus Syrien abzuziehen. Zudem steht auf US-Seite im Raum, etwa die Hälfte der US-Truppen auch aus Afghanis-

tan abzuziehen. Dort beteiligt sich die Bundeswehr mit bis zu 1300 Soldaten an der Nato-Ausbildungsmission „Resolute Support“ für afghanische Sicherheitskräfte.

In Afghanistan könnte die Bundeswehr ohne die Amerikaner und ihre Hilfe beim Schutz, der Aufklärung und der Logistik nicht bleiben, sagte Nouripour. Nach Ansicht des Obmanns der Unionsfraktion im Auswärtigen Ausschuss, Roderich Kiesewetter (CDU), müsste die Bundeswehr nach einem Abzug der Amerikaner deren Aufgaben mit übernehmen und damit ihren Einsatz ausweiten – oder ebenfalls abziehen. „Wenn der Schutz unserer Soldaten nicht mehr sicher ist, wird es schwer sein, eine neue Mehrheit im Bundestag zu finden“, sagte er.

Der verteidigungspolitische Spre-

cher der Union im Bundestag, Henning Otte, sprach sich gegen einen vorzeitigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und einen Abbruch der Syrien-Mission aus. Afghanistan brauche weiter Unterstützung. „Ein voreiliger Abzug würde die Stabilität des Landes gefährden“, sagte er. Der IS in Syrien sei zwar zurückgedrängt, stelle aber immer noch eine Bedrohung dar. „Deswegen werden wir unseren Mandatsauftrag weiter erfüllen.“

Der Verteidigungsausschuss-Vorsitzende Wolfgang Hellmich (SPD) schloss eine Beendigung des Afghanistan-Mandats nicht aus. Dies „ist offen“, sagte er. SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich äußerte ähnlich. Er hält es aber auch für möglich, dass die US-Informationen ein Fingerzeig an die afghanische Regierung sind:

„Ist dieses Signal des US-Präsidenten möglicherweise auch ein Hinweis auf die Friedensgespräche, die mit den Taliban geführt werden?“

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Der Bundestag muss also ihre Auslandseinsätze genehmigen. Die Zustimmung zu einem Einsatz ist grundsätzlich auf zwölf Monate begrenzt und muss dann bei Bedarf verlängert werden.

Die Verlängerung der Mission in Afghanistan hatte der Bundestag im März 2018 beschlossen. Der verlustreichste Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr läuft bereits seit mehr als 16 Jahren, inzwischen aber nur noch als Ausbildungsmission. Das Mandat für den Einsatz deutscher Soldaten gegen die IS-Terrormiliz in Syrien und im Irak war erst im Oktober um ein Jahr verlängert worden. (dpa)



Erst vor wenigen Tagen verlieh Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) Einsatzmedaillen im Feldlager Camp Marmal in Masar-i-Scharif.